

Stabilität und Kraft zur Zukunft: Perspektiven für Bayern

Steigende Investitionen in Familien, Bildung und Innovationen


HORST SEEHOFER

Den Menschen in Bayern geht es heute so gut wie noch nie. Noch nie gab es im Freistaat so viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Wir haben in Bayern die niedrigste Arbeitslosenquote in Deutschland. In über der Hälfte der bayerischen Landkreise und kreisfreien Städte herrscht praktisch Vollbeschäftigung. Während die Arbeitslosigkeit bei den jungen Menschen in manchen europäischen Ländern auf 50 Prozent und mehr hochgeschwungen ist, gibt es in Bayern fast keine Jugendarbeitslosigkeit. Bayern gehört mit einem Bruttoinlandsprodukt von 35.545 Euro pro Einwohner zu den wohlhabendsten Regionen der Welt.

Diesen Wohlstand und diese Kraft zur Zukunft kann nicht der Staat verordnen. Wohlstand und Zukunftskraft müssen aus der Gesellschaft heraus in jeder Generation immer wieder aufs Neue wachsen. Das hohe Beschäftigungsniveau in Bayern verdanken wir in erster Linie unseren Unternehmerinnen und Unternehmern. Wir haben in Bayern ein einzigartiges Netz an hervorragenden Unternehmen in Industrie, Handwerk und im Dienstleistungssektor. Dem Mittelstand

kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Mittelständische Unternehmen sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Mittelständische Unternehmen stehen für Produktion statt für Spekulation. Sie stehen für Fleiß, Innovation und Verantwortungsbereitschaft. Und sie leben den Grundsatz „Eigentum verpflichtet“.

Die Bayerische Staatsregierung ist für die Unternehmen ein verlässlicher Partner. Wir unterstützen die Unternehmerinnen und Unternehmer in Bayern, damit sie qualitatives Wachstum schaffen, damit sie den Menschen gute Arbeitsplätze und ein hohes Maß an sozialer Sicherheit bieten können. In Bayern ist der Unternehmer kein Feindbild, sondern Vorbild. In Bayern arbeiten Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Politik und Verwaltung miteinander und nicht gegeneinander. Sie alle eint der Konsens: Erfolg ist, wenn es den Menschen gut geht.

Dennoch machen sich die Menschen in Bayern und Deutschland Sorgen. Wegen der Schulden- und Währungskrise in Europa befürchten sie, dass finanzielle Belastungen und Inflation auf sie zukommen. Sie beobachten mit Sorge, wie sich die konjunkturelle Dynamik in den Schwellenländern abschwächt. Trotz der hervorragenden Beschäftigungssituation wissen sie um den harten globalen Wettbewerb. Sie spüren die starke Konkurrenz der jungen, dynamischen Gesellschaften in Asien, Südamerika und Osteuropa.

Auf die Sorgen der Menschen und angesichts der heraufziehenden Eintrübung der Wirtschaftslage muss die Politik klare und kraftvolle Antworten geben. Dabei handelt die Bayerische Staatsregierung langfristig und mit einer strategischen Zukunftspolitik, nicht mit Strohfeuer und Gießkanne und schon gar nicht mit Wohlstand auf Pump zu Lasten der zukünftigen Generationen. Die Staatsregierung folgt einem umfassenden politischen Konzept für Stabilität und Dy-

namik, für Nachhaltigkeit und Wachstum. Das gilt von den Finanzen, der Bildung und Forschung bis zum Umweltschutz. Unsere Erfahrung in Bayern zeigt, dass Investoren das ganze Umfeld und das gesellschaftliche Klima eines Standorts in ihre Investitionsentscheidungen einfließen lassen. Neben Arbeitskosten, Energiekosten oder Steuersätzen sind für die Investoren auch leistungsfähige Verkehrswege, gute Schulen und Hochschulen, Technologietransfer zwischen Forschung und Anwendung, ein modernes Gesundheitswesen, eine gesunde Umwelt und ein vielfältiges Kulturleben ausschlaggebend. Alles hängt mit allem zusammen: Diese Einsicht leitet auch unsere Politik.

Dieser Gesamtstrategie folgt unsere Zukunftsinitiative „Aufbruch Bayern. Familie, Bildung, Innovation“. Um Bayern auch in Zukunft auf der Erfolgsspur zu halten, verbinden wir die Tilgung von Schulden mit starken Impulsen für nachhaltiges Wachstum.

Bayerns Finanzpolitik ist Vorbild in Deutschland und Europa. Mit dem Doppelhaushalt 2013/2014 schaffen wir zum achten und neunten Mal in Folge einen allgemeinen Haushalt ohne Nettoneuverschuldung. Wir tilgen in drei Jahren mehr als 2 Milliarden Euro an Schulden – fast 10 Prozent der Gesamtschulden im allgemeinen Haushalt. Wir wollen 2030 schuldenfrei sein, damit auch die kommenden Generationen Gestaltungsfreiheit für ihre Entscheidungen haben.

Parallel dazu investieren wir jedes Jahr mehr als 5 Milliarden Euro für die Zukunft. Wir steigern unsere Investitionsausgaben im Doppelhaushalt 2013/2014 auf insgesamt über 11 Milliarden Euro. Unsere Investitionsquote liegt trotz steigender Personalausgaben für Bildung und Wissenschaft auch im Jahr 2013 über 12 Prozent. Das ist deutlich über dem Durchschnitt der Flächenländer West in Deutschland. Mit dieser Innovationskraft und gezielter >>Seite 2

Förderung wachstumstreibender Zukunftsfelder holen wir hochwertige Arbeitsplätze nach Bayern. Und damit machen wir Bayern zum Spitzenstandort für nachhaltiges, qualitatives Wirtschaftswachstum.

Das wichtigste Ziel der Bayerischen Staatsregierung ist, den kommenden Generationen beste Chancen zu hinterlassen. Wir festigen mit „Aufbruch Bayern“ die Grundpfeiler für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Wir stärken die Familien. Wir schaffen beste Bildung. Und wir fördern Innovationen.

Familien sind Zukunft. In den Familien werden Bindungen, Werte und ein stabiles Selbstvertrauen vermittelt, das die Menschen neugierig, selbstbewusst und kreativ macht. Wir investieren wie kein anderes Land in unsere Familien. Bayern ist und bleibt Familienland Nummer 1 in Deutschland.

In den Jahren 2013 und 2014 gehen jeweils 2,8 Milliarden Euro in die Familienpolitik. Das ist eine Steigerung um 75 Prozent gegenüber 2008. Wir unterstützen die Kinder und Jugendlichen durch mehr Sozialarbeit an Schulen. Wir verbessern die Beratungsangebote für Familien. Wir zahlen das Landeserziehungsgeld weiter. In den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren investieren wir so viel wie kein anderes Land. In den nächsten beiden Jahren unterstützen wir unsere Kommunen bei der Kinderbetreuung mit rund 3 Milliarden Euro für neue Plätze, laufende Kosten und noch mehr Qualität. Die Bayerische Staatsregierung garantiert jeder Bürgermeisterin und jedem Bürgermeister in Bayern: Jeder neue Krippenplatz, den Kommunen errichten, wird gefördert. Für jeden neuen Krippenplatz tragen wir derzeit bis zu 80 Prozent der Investitionskosten, obwohl die Krippen eine kommunale Aufgabe sind. Mehr Förderung geht nicht und deshalb ist manch kritische Stimme auch aus der Wirtschaft nicht von den Fakten gedeckt.

Ein weiteres Markenzeichen bayerischer Zukunftspolitik sind unsere Investitionen in die Bildung. Bildung ist die Grundlage für Arbeit, Wohlstand und Teilhabe. Bildung ist die Sozialpolitik des 21. Jahrhunderts. Ich bin stolz, dass Bayern im Bildungsmonitor 2012 bei der Schulqualität und der Förderung der beruflichen Bildung bundesweit Platz 1 belegt und dass die bayerischen Schüler in den „Pisa“-Erhebungen stets mit Bestnoten abschneiden. Bayern ist und bleibt das Land mit den besten Bildungschancen und dem größten Bildungserfolg.

In den kommenden beiden Jahren fließt jeweils mehr als ein Drittel der gesamten Staatsausgaben in die Bildung – über 33 Milliarden Euro. Während anderswo frei werdende Stellen nicht mehr neu besetzt werden, entstehen bei uns in Bayern in den Jahren 2013 und 2014 weitere 1.300 Lehrerstellen zusätzlich. Insgesamt 8.200 neue Stellen seit 2008: Dieser finanzielle Kraftakt bedeutet weniger Unterrichtsausfall, mehr Zeit und mehr Zuwendung für jede Schülerin und jeden Schüler in Bayern. Wir fordern, fördern und begleiten unsere Schülerinnen und Schüler auf die ersten Plätze in Deutschland.

Auch die bayerische Hochschullandschaft blüht. Seit dem Jahr 2000 ist die Zahl der Studierenden in Bayern von 213.000 auf über 320.000 angestiegen. Wir schaffen nochmals 10.000 neue Studienplätze, zusätzlich zu den bereits 38.000 seit 2008. Wir steigern unseren Wissenschaftsetat mit dem Doppelhaushalt 2013/2014 erstmals auf über 6 Milliarden Euro – ein massiver Schub für die Zukunft der jungen Generation.

Bayern ist ein Exportland. Zwischen 2001 und 2011 ist die Exportquote der bayerischen Industrie von 40,3 Prozent auf 51,0 Prozent angestiegen. Der Außenhandel liegt deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt. Damit unsere bayerischen Unternehmen auch weiterhin national und international wettbewerbsfähig bleiben, investieren wir mit „Aufbruch Bayern“ in die Megatrends von morgen – in die Biosystemforschung, die Karbonfasertechnik, die Elektromobilität, die erneuerbaren Energien und die Hightech-Medizin. Wir investieren in die Weiterentwicklung der Umwelt-, Energie- und Systemtechnik, weil die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch eine der entscheidenden Zukunftsfragen ist. Wir wollen Bayern zum Erfolgsmodell für die Symbiose von Ökonomie und Ökologie im 21. Jahrhundert machen. Wer hier alte Ideologien über neuen Pragmatismus und Technikfeindlichkeit über Pioniergeist setzt, wer hier immer noch in Gegensätzen und nicht in Synergien denkt, ist längst von gestern. Weder eine falsche Verzichtsrhetorik noch pauschale Wachstumskritik bringen die Welt weiter, sondern Förderung des Neuen und die Kraft zu Investitionen in innovative Entwicklungen, bessere technische Anlagen, ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft.

Wir investieren in Bayern derzeit gut 3 Prozent des BIP in Forschung und Entwicklung.

Bis 2020 wollen wir die Forschungs- und Entwicklungsausgaben auf 3,6 Prozent des BIP steigern – in einer gemeinschaftlichen Anstrengung von Staatsregierung und Unternehmen. Und wir fördern die Zusammenarbeit von Hochschulen und Unternehmen, beispielsweise durch den weiteren Ausbau von Technologietransferzentren. Mit seinen kreativen Unternehmen, seinen Universitäten und seinen Forschungseinrichtungen ist Bayern heute ein einziger großer Innovationscampus.

Gute Infrastruktur, Nr. 1 bei Bildung und Forschung, High-Tech-Land – nach diesen Entwicklungsschritten steht Bayern mitten in einer neuen umwälzenden Herausforderung. Der globale Wettlauf um die Zukunft entscheidet sich maßgeblich im Netz. Wir investieren noch stärker in die flächendeckende Ausstattung mit dem Hochgeschwindigkeitsinternet. Wir verdoppeln bei den Förderprogrammen den im Nachtragshaushalt 2012 vorgesehenen Bewilligungsrahmen von 100 Millionen Euro im Doppelhaushalt 2013/2014 auf jeweils 200 Millionen Euro im Jahr. Dabei ist die Versorgung Bayerns mit modernster Breitbandinfrastruktur nur eine Aufgabe unter vielen. Deshalb verfolgt die Staatsregierung mit ihrer Strategie BAYERN DIGITAL einen umfassenden Ansatz. Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode eine Milliarde Euro in die Hand nehmen und damit zusammen mit den bayerischen Unternehmen alle wichtigen digitalen Zukunftsfelder voranbringen – Lernen, Arbeiten, Mobilität, Gesundheit und Wohnen ebenso wie e-Government, sicheres Datenmanagement und Sicherheit. Bayern soll zur führenden Zukunftsregion im digitalen Zeitalter werden.

Mit dieser strategischen und eben nicht kurzatmigen Wirtschafts- und Standortpolitik bleibt die Bayerische Staatsregierung verlässlicher Partner der bayerischen Wirtschaft, von den hoch engagierten Freiberuflern, dynamischen mittelständischen Betrieben bis zu den großen Unternehmen. Gerade diese Vielfalt macht Bayern stark, stabil und sozial. In all diesen Unternehmen wird das besondere Lebensgefühl in Bayern gepflegt für Chancen statt Schulden, für Generationenverantwortung, Nachhaltigkeit und Zukunftsorientierung, für ein menschliches und modernes Bayern.



HORST SEEHOFER
BAYERISCHER MINISTERPRÄSIDENT

Editorial

Sehr geehrte, liebe Mitglieder des Wirtschaftsbeirats Bayern,

das Ringen um Auswege aus der Schuldenkrise in Europa geht weiter. Die Lage an den Anleihemärkten hat sich zuletzt vordergründig zwar etwas entspannt. Die Probleme, die der Krise zugrunde liegen – mangelnde Wettbewerbsfähigkeit und zu hohe Schuldenstände in den angeschlagenen Staaten an der Peripherie der EU – sind damit aber noch nicht gelöst. Deutschland hat von Beginn an zu Recht da-rauf gepocht, dass jeder Mitgliedstaat seine Probleme durch eine disziplinierte Haushaltspolitik sowie gezielte Reformen zur Stärkung der ökonomischen Leistungskraft selbst lösen muss. Es haben die Europäischen Verträge auch in diesem Punkt zu gelten: „No bail out“ – kein Staat muss einen anderen herauspauken.

Die Schuldenkrise darf am Ende vor allem nicht in eine europäische Transferunion nach dem Muster des deutschen Länderfinanzausgleichs münden. Der Norden Europas schleppt den Süden durch Dauerzahlungen zum Ausgleich permanenter Leistungsbilanzdefizite und zu hoher Fehlbeiträge in den öffentlichen Haushalten – so haben wir beim Abschluss der Verträge nicht gewettet. Wobei es ja nie an innereuropäischer Solidarität gefehlt hat. Mit Hilfe milliardenschwerer Fonds versucht die EU seit Jahren, den strukturschwächeren Mitgliedstaaten und Regionen unter die Arme zu greifen. Nach überschlägigen Berechnungen sind allein Griechenland seit Beitritt zur EU rd. 150 Mrd. Euro an Hilfsgeldern zugeflossen. Es hat nur leider wenig geholfen.

Auch in Deutschland wachsen die Zweifel daran, ob das System der Finanztransfers zwischen den Bundesländern noch richtig konstruiert ist. Über den sogenannten Länderfinanzausgleich werden Unterschiede in der Finanzkraft der Länder seit Jahrzehnten eingeebnet. Als Begründung dafür gilt die vom Grundgesetz gebotene Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilen der Bundesrepublik. Dieser Länderfinanzausgleich hat in den letzten Jahren immer größere Unwucht entwickelt. 2011 haben nur noch vier Länder – Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg – in den Finanzausgleich einbezahlt. Auf Bayern entfiel dabei mit 3,6 Mrd. Euro die Hälfte der Gesamtsumme. Alle anderen Länder sind mittlerweile Empfänger, auch das einstige wirtschaftliche Schwergewicht Nordrhein-Westfalen. Inzwischen zahlt der Freistaat pro Jahr mehr in das System ein, als er als Empfängerland bis Ende der 80er Jahre insgesamt erhalten hat. Dass sich an dieser Asymmetrie unter den gegenwärtigen anreizschwachen Bedingungen etwas ändert, ist nicht zu erwarten.

Berlins oberster Kassenverwalter, Finanzsenator Ulrich Nussbaum, – mit über 3 Mrd. Euro größter Nutznießer – hat eingewandt, man dürfe die Betrachtung nicht auf Zahlungen innerhalb des Länderfinanzausgleichs einengen. Bayern werde dafür von anderen Finanzströmen begünstigt. Das ist kein schlagendes Argument. Ich fürchte, bei einer umfassenden Betrachtung fällt die Rechnung noch sehr viel ungünstiger für Bayern aus: Das beginnt beim Umsatzsteuervorgewausgleich. Er sorgt bereits vor dem Länderfinanzausgleich dafür, dass das Steuereffekte zwischen den Ländern spürbar eingeebnet wird. Wie tragen die einzelnen Länder zum Steueraufkommen des Bundes bei und wie kommen dessen Ausgaben den

einzelnen Ländern zugute? Aus einer Zusammenschau der Einnahmen- und Ausgabenseite des Bundeshaushalts dürfte sich für Bayern eine ziemlich ausgeprägte Nettozahlerposition ergeben. Anders als beim EU-Haushalt hat bemerkenswerter Weise mit Blick auf den Bundeshaushalt noch niemand den Versuch unternommen, die Nettozahler- und Nehmerpositionen der Länder zu quantifizieren.

Gewaltige Umverteilungseffekte in den Sozialversicherungssystemen zu Lasten Bayerns kommen hinzu. Ich greife als besonders markantes Beispiel nur die Arbeitslosenversicherung heraus: Dem hohen Beitragsaufkommen aufgrund einer glänzenden Beschäftigungslage im Süden stehen wegen der niedrigen Arbeitslosigkeit vergleichsweise geringe Leistungen der Bundesagentur für Arbeit an die Arbeitnehmer gegenüber. Zugegeben: Von der EEG-Umlage könnte Bayern dagegen infolge seines hohen Anteils an Photovoltaik-Strom per Saldo insgesamt profitieren. Das ist freilich ein Thema außerhalb der öffentlichen Haushalte.

Vor diesem Hintergrund ist es zu begrüßen, dass – ausgelöst durch die Androhung einer Verfassungsklage durch Bayern – neue Bewegung in die Diskussion um den Länderfinanzausgleich gekommen ist. Spätestens 2019 läuft das jetzige System aus. Das neue muss größere Anreize für die Nehmerländer enthalten, durch eine konsequente Politik des Sparens, Investierens und Reformierens aus dieser Rolle herauszuwachsen. Wir dürfen auf nationaler Ebene keine ganz andere Elle anlegen als in Europa. Der Wechsel vom Nehmer- zum Geberland kann gelingen. Bayern hat das vorexerziert.

Herzlichst
Ihr **Jürgen Hofmann**



VERMÖGENSNACHFOLGE FÜR UNTERNEHMER

Die schlimmsten Fehler beim Vererben und Verschenken von Betriebs- und Privatvermögen – rechtlich, steuerlich und auch zwischenmenschlich – und wie Sie es besser machen können. Eine spannende Darstellung anhand von Fallbeispielen aus der täglichen Praxis eines Anwalts für Erbrecht.

www.hds-verlag.de

Dr. Thomas Fritz Rechtsanwälte
Montenstrasse 11 • 80639 München
www.drthomasfritz.de



Von stolzen Betrieben und böhmischen Dörfern

Informationsfahrt des Bezirks Passau nach Tabor und Budweis (Tschechien)



Werksbesuch bei Bosch in Budejovice/Budweis. Bild Mitte v.l.n.r.: Bezirksvorsitzender Rudi Fellner, Präsident Dr. Otto Wiesheu, Generalsekretär Dr. Jürgen Hofmann

Die Veranstaltung war festlich, der Rahmen fürstlich: Im ehemaligen Schloss der Fürsten von Schwarzenberg in Hluboká/Frauenberg unweit von C. Budejovice/Budweis erfolgte die Verleihung des „Best Business Awards 2012“. Ein würdevoller Auftakt für eine Informationsreise des Wirtschaftsbeirates ins Nachbarland Böhmen, wiederum ausgerichtet von Rudolf Fellner vom Bezirk Passau.

Doch nicht nur diese Verleihungsfeier beeindruckte. Land und Leute, die reiche Kultur und nicht minder die in den besuchten Firmen dargebotene Perfektion ließ staunen. Wer kommt schon in den Genuss, in den hochfürstlichen Räumen des im Tudor-Stil erbauten Schlosses in Budweis eine Auszeichnung zu erleben, bei der innovative Firmen aus Bayern, Böhmen und Österreich ihre Arbeitsweise präsentieren und sich gleichzeitig als kompetente Partner anbieten? Allein das wäre einen Besuch in Böhmen wert gewesen. Aber das war nur der Auftakt.

Zwar war die Suche nach der Firma VSP DATA in Tabor schwierig, doch dann wurde schnell klar: In Tabor trifft sich die elektronische Welt, wenn sie reparaturbedürftig ist. Die am 1. Dezember 2000 gegründete Firma hat sich auf die Reparatur, den Einkauf und die Distribution elektronischer Geräte spezialisiert. Täglich werden dort rund 6.000 Mobiltelefone, rund 7.000 Laserdrucker und nicht minder viele Fotoapparate, Navigationsgeräte und Beamer repariert. Geräte, die aus ganz Europa, Nordafrika und auch aus Asien angeliefert und immer häufiger auch von dort geordert werden. Dreisprachig zu sein ist Grundvoraussetzung für eine Tätigkeit bei VSP DATA in Tabor.

Bosch ist einer der großen Arbeitgeber in der Tschechischen Republik, der größte in

C. Budejovice/Budweis. Hier montieren 2.500 Mitarbeiter vor allem Teile für die größten Automobilmarken der Welt. Das Werk in Budweis ist auch für die Niederlassungen in Mexiko, Brasilien und China verantwortlich, ist zudem die Software-Schmiede für weite Teile des Bosch-Konzerns. „Wir dürfen keine Fehler machen“, sagt Geschäftsführer Zdenek Holenka, weshalb jeder Mitarbeiter verpflichtet ist, jede nur denkbare Fehlerquelle sofort mittels Reißleine an seinem Arbeitsplatz zu melden. Auch hier ist Mehrsprachigkeit Voraussetzung – und zahlreiche Arbeitsgänge haben sogar japanische Bezeichnungen. Schließlich ist die Marke Toyota einer der ganz großen Auftraggeber für Bosch in Budweis.

20 Jahre ist sie alt, die Südböhmische Universität in C. Budejovice/Budweis. Vizerektorin Prof. Dr. Dagmar Skodová Parmová präsentiert nicht ohne Stolz den weitläufigen Campus, auf dem rund 13.000 Studenten von 2.500 Uni-Mitarbeitern betreut und geschult werden. In tschechischer, in englischer und in deutscher Sprache. Sieben Fakultäten gibt es an der Uni, darunter auch eine Fakultät der Fisch- und Wasserwirtschaft und eine Fakultät der Agrarwirtschaft mit eigener Landwirtschaft. Und die Universität wächst und wächst.

Jung und dynamisch präsentiert der Oberbürgermeister von Budweis, Juraj Thoma, seine aufstrebende Stadt mit knapp 100.000 Einwohnern. Von der reichen Geschichte und Kultur der Stadt spricht er nur kurz, ihm geht es vor allem um die Zukunft, die er in enger wirtschaftlicher Verflechtung vor allem mit Westeuropa sieht. Weshalb er alles tut, um die guten Verbindungen zu Österreich und Bayern zu fördern.

Böhmische Dörfer – die gibt es natürlich auch. Holasovice ist so ein Dorf, das kaum jemand kennt und doch eindrucksvoll ist. Prätigig herausgeputzt sind die im böhmischen Bauernbarock gehaltenen Häuser, die inzwischen als Weltkulturerbe eingetragen sind. Wirklich sehenswert. So wie auch Prachatic/Prachaticz, die alte Salzhandelsstadt am ehemals „Goldenen Steig“ oder Vimperk/Winterberg, einst Zentrum des Buchdrucks. Und Rudi Fellner lässt Bus-Fahrer Günter Kölbl schließlich noch auf enger Straße hinauffahren bis nach Bucina/Buchwald, wo unmittelbar an der bayerisch-böhmischen Grenze ein veritables Hotel entstanden ist, das sich des Ausblicks bis in die Alpen rühmen kann.

Bürgerengagement pur – das ist die Ilztalbahn. Auf der jahrelang unbenutzten Bahnstrecke von Passau nach Freyung sollte ein Fahrradweg entstehen. Alle Gemeinden waren dafür, viele Bürger hingegen wollten wieder eine Eisenbahn. Sie gründeten einen eigenen Verein, sammelten Geld und Sponsoren und – kaum zu glauben – die Bahn fährt wieder. Privat, mit gemieteten Waggons und Loks, gesteuert von ambitionierten Eisenbahnfreunden. Der Lokführer, der an diesem Tag den Zug von Freyung nach Passau fährt, ist von Beruf Gynäkologe. Als geprüfter Lokführer fährt er in der Freizeit auf der überaus romantischen Bahnstrecke entlang der schwarzen Ilz – auch das lässt staunen.

Das als „Passauer Herbst“ deklarierte Informationsprogramm des Wirtschaftsbeirates klingt im Hotel Schloss Ort in Passau aus. Hier ist Gelegenheit, mit Dr. Andreas Scheuer, Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, über den Ausbau von Straße, Schiene und Wasserwege zu diskutieren. Und Gelegenheit für Generalsekretär Dr. Jürgen Hofmann, „seinem“ Bezirksvorsitzenden Rudi Fellner, aber auch Annemarie Schmöller für die Betreuung und Gerd Brunner für die Informationen über Land und Leute zu danken. Im nächsten Jahr, so der Wunsch aller Teilnehmer, soll es wieder eine solche Informationsfahrt geben – Ziel noch unbekannt. Aber nicht minder interessant!

GERD BRUNNER

Wir begrüßen unsere neuen Mitglieder

- Uwe Brückner, Reichertshausen
- Dannenberg Industrie-Versicherungsmakler GmbH, Planegg
- Klaus Dittrich, Messe München GmbH
- Markus Flad, Eckental

Aus den Ausschüssen, Arbeitskreisen und Bezirken

12. Oktober – Junge Unternehmer



Besuch der Adelholzener „Wasserwelt“. Generaloberin Schwester Theodolinde und Marie-Luise Richter informierten über die Geschichte, Produkte und Marketingstrategie der Adelholzener Alpenquellen GmbH.

15. Oktober – Bezirk Inn/Salzach

Auf Einladung des Bezirksvorsitzenden Dr. Willi Kleine referierte Präsident Dr. Otto Wiesheu über Wege aus der Schuldenkrise.



Foto v.r.n.l.: Dr. Willi Kleine, Dr. Otto Wiesheu, Dr. Dieter Gilles, Werkleiter Wacker Chemie Burghausen, Dr. Jürgen Hofmann

15. Oktober – Bezirk Mittelfranken



Vorsitzender Dr. Christian Bühler (r.) hatte Peer-Holger Stein, Geschäftsführer der BB BetterBrands GmbH (l.) zu Gast. Thema der Veranstaltung: „Was ein Geschäftsführer über Marketing wissen muss, und warum sich Marketing auch für kleinere Unternehmen auszahlt.“

16. Oktober – Ausschuss Tourismus

Der Tourismusausschuss traf sich in der Allianz Arena, um auf Einladung von Dr. Stephan Thewalt, Geschäftsführer der Arena One GmbH, über die Bedeutung, Chancen und Risiken von Social Media für die Tourismuswirtschaft zu diskutieren, verbunden mit einer Führung durch die Allianz Arena und dem Besuch der neuen FC Bayern Erlebniswelt.



Foto v.l.n.r.: Ralph Michaelsen, Florian Fastner, Bernd Lenze, Ausschussvorsitzender Robert Salzl, Lorenz Beringer, Dr. Stephan Thewalt, Frank-Ulrich John, Andreas Lackner

17. Oktober – Bezirke Regensburg/Weiden



Delegationsbesuch bei der Regionalwirtschaftskammer des Pilsner Bezirks. Foto v.l.n.r.: Prof. Dr. Claus Berg, Helmut Hör, Direktor Zdenek Muzik, Ing. Oldrich Klepka

17. Oktober – Bezirk München



Der Arbeitskreis Unternehmer.Zukunft des Bezirks München hatte die Arbeit mit den Medienvertretern auf die Agenda gesetzt. Im Skygarden München trafen sich Existenzgründer, Führungskräfte und Unternehmer, um sich von Presse- und Internet-Spezialisten Praxis-Tipps geben zu lassen. Mit einem Impulsvortrag vermittelte Dr. Peter Thelen, Geschäftsführer ZVEI Bayern, Einblicke in die Medienwelt.

18. Oktober – Ausschuss Strukturpolitik und grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Kooperationsveranstaltung mit der IHK Schwaben in Mindelheim zu den „Perspektiven des ländlichen Raums“. In hochkarätig besetzter Runde wurden Wachstumsakzente in der neuen Landesplanung und Regionalförderung erörtert. Foto v.l.n.r.: Klaus Ulrich, Bayerisches Wirtschaftsministerium;



Kaufmännische Unternehmens- & Projektbegleitung



Sie planen Ihre Unternehmensnachfolge, einen Unternehmenskauf oder -verkauf?

Lassen Sie sich von uns dabei begleiten!

Kostenmanagement ■ Planung & Controlling ■ Erlösoptimierung ■ Projektsteuerung ■ Finanzierung ■ Interim-Management

ARENTZEN & PARTNER
Unternehmensberatung

Platzl 3 ■ 80331 München ■ www.arentzen-partner.de ■ Telefon: +49 89 29 25 50

Dr. Peter Lintner, Stv. Hauptgeschäftsführer der IHK Schwaben; Dr. Christian Haslbeck, Bayerisches Wirtschaftsministerium; MdEP Markus Ferber; Johann Stoll, Mindelheimer Zeitung; Toni Hinterdobler, Ausschussvorsitzender Strukturpolitik; Landrat Hans-Joachim Weirather, Vorsitzender Schwabenbund.

23. Oktober – Bezirk Rhön/Saale



Präsident Dr. Wiesheu zu Gast in Münden. Bezirksvorsitzender Martin Kuchler dankt Dr. Wiesheu für seine Einschätzung der Lage an den Finanzmärkten.

24. Oktober – Ausschüsse Energie und Umweltpolitik

Die Ausschussvorsitzenden Armin Geiß und Dr. Willi Kleine hatten zu einer Veranstaltung „Optionen für die Energiewende“ eingeladen. Ewald Schindlbeck, Präsident Wacker Polysilicon, und Gregor Waldstein gingen in ihren Referaten ein auf die Potentiale der Photovoltaik bzw. auf die Speicherung von Strom auf der Basis von Wasserstoff und Methan.



Foto v.l.n.r.: Dr. Willi Kleine, Ewald Schindlbeck, Gregor Waldstein, Armin Geiß.

24. Oktober – Ausschuss Dienstleistungen



Vorsitzende Ingeborg Balogh (mi.) konnte Medien- und Kommunikationsberater Prof. Dr. Christoph Fasel (re.) und Medienanwalt Gernot Lehr (li.) begrüßen. Die Referenten informierten darüber, wie man sich gegen öffentliche Angriffe professionell, publizistisch und rechtlich wehren kann.

Terminvorschau

19. November, München

Ausschüsse für Umweltpolitik und Energiepolitik: Dr. Marcel Huber, MdL, Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Gesundheit, „Bayerns Weg in ein neues Energiezeitalter“

20. November, München

Ausschuss für Wirtschaftspolitik: Dr. Karsten Schween, Geschäftsführer Gesellschafter der INTES Beratung für Familienunternehmen GmbH, „Erfolgreiche Inhaberstrategien: Wie kann man den Zusammenhalt von Inhaberkfamilien und den Erfolg des Familienunternehmens nachhaltig absichern?“

22. November, München

Junge Unternehmer: After-Work-Stammtisch mit Dr. h.c. Rudolf J. Gröger, Geschäftsführer der Gesellschafter der Gröger Management GmbH, „Telekommunikationsindustrie in Deutschland und Europa – Status und Herausforderungen“

26. November, Aschaffenburg

Bezirk Aschaffenburg: Prof. Dr. Josef Neiß, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, Abteilungsleiter Energie, Bergbau, Rohstoffe, Umweltfragen und Dieter Gerlach, Geschäftsführer Aschaffener Versorgungs-GmbH, „Aktuelle Planung und Umsetzung der Energiewende in Bayern“

26. November, Fürth-Ronhof

Bezirk Mittelfranken: Rechtsanwalt Martin Reymann-Brauer, Partner der Kanzlei Bissel + Partner in Erlangen, „Compliance – alter Wein in neuen Schläuchen“

30. November, München

Münchner Wirtschaftstag mit Dr. Wolfgang Heubisch, Bayerischer Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst, und Prof. Björn Bloching, Partner bei Roland Berger Strategy Consultants, „Wirtschaftsfaktor Kunst- & Kulturstandort – Herausforderungen für die Metropolregion München“

7. Dezember, Nürnberg

Ausschuss für Tourismus: „Die touristische Bedeutung des Nürnberger Christkindlesmarktes“

10. Dezember, Regensburg

Bezirk Regensburg: Weißwurstfrühstück mit Abgeordneten

12. Dezember, München

Junge Unternehmer: Weihnachtsabend

20. Dezember, München

Ausschuss für Industrie, Technologie und Innovationen: Prof. Dieter Kempf, Präsident BITKOM, Dr. Peter Thelen, Geschäftsführer ZVEI Bayern und Marcel Schneider, Senior Vice President Fujitsu Technology Solutions, „Informationstechnik in Bayern – Schrumpfung oder Wachstum?“

10. Januar 2013, Bamberg

Bezirk Bamberg: Dr. Markus Söder, MdL, Bayerischer Staatsminister der Finanzen

18. Januar 2013, Selb

Bezirk Hochfranken: Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg

Weitere Termine unter www.wbu.de



Spedition Wormser KG
Hauptverwaltung
Konrad-Wormser-Straße 1
D-91074 Herzogenaurach

Telefon: +49 9132 903-0
Telefax: +49 9132 903-259
E-Mail: info@wormser.de



Mit sauberer Arbeit auf Erfolgskurs.

www.wormser.de